

aus den speziellen deutsch-deutschen Verhältnissen vor 1989 und der damit verbundenen Quellenlage zu erklären. Die Kooperation zwischen der DDR und deutschen Rechtsradikalen ist erst nach dem Fall der Mauer, als die Archive in der DDR der Forschung zugänglich gemacht wurden, bekannt geworden. Einzelne schwedische Archive sind weiterhin geschlossen. Scholz hat, basierend auf umfassenden Studien in deutschen und schwedischen Archiven sowie auf Wehners Nachlaß, eine gut lesbare Arbeit geschrieben, der trotz kleiner Ungenauigkeiten und einzelner thematischer Abschweifungen viele Leser zu wünschen sind.

*Einhart Lorenz, Oslo*

Beatrix Bouvier, *Ausgeschaltet! Sozialdemokraten in der Sowjetischen Besatzungszone und in der DDR 1945–1953*, Verlag J.H.W. Dietz Nachf., Bonn 1996, 367 S., geb., 68 DM.

Das Buch von Bouvier fügt sich in eine Reihe neuerer quellengesättigter Studien ein, die sich mit den Repressions- und Säuberungsmechanismen innerhalb der Parteien in der Sowjetischen Besatzungszone bzw. der DDR beschäftigten. Bislang war über die Kriminalisierung und schrittweise Ausschaltung von SED-Funktionären mit sozialdemokratischen bzw. demokratisch-kommunistischen Vorstellungen und über die damit einhergehenden strukturellen Wandlungen der Partei und der DDR relativ wenig bekannt. Mit der Auswertung der Archivunterlagen des Archivs der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung, des Zentralen Parteiarchivs der SED sowie der Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der DDR wird die bislang dominierende Zeitzeugensicht aufschlußreich komplettiert und eine Forschungslücke geschlossen.

Bouvier beschreibt überzeugend die Methoden der Repression gegenüber Sozialdemokraten, die eine Einheitspartei mit den Kommunisten 1945/46 ablehnten, sowie auch die Motivationen, Illusionen und Hoffnungen von Sozialdemokraten, in der SBZ/DDR trotz persönlicher Besorgnisse nach dem April 1946 irgendwie politisch weiterarbeiten zu können. Sie zeichnet anschaulich das politische Schicksal jener Sozialdemokraten in den Landes- und Kreisvorständen der SED, der Gewerkschaft und den Massenorganisationen sowie in lokalen Verwaltungsgremien nach, die im April 1946 der SED mit der Absicht beitraten, der Einheitspartei eine sozialdemokratische Prägung zu geben, mit dieser Absicht aber relativ frühzeitig scheiterten und die letztlich nur noch vor der Wahl standen, sich der neuen Entwicklung bedingungslos anzupassen oder die SED zu verlassen. Von Selbsttäuschung ist hier die Rede, ein Begriff, den zuerst Harold Hurwitz anwendete, um die Illusion von Sozialdemokraten in den Führungsgremien der SED zu beschreiben, dort ihre Identität und Tradition wahren zu können.

Den Schwerpunkt dieser Untersuchung bildet also nicht die Beschäftigung mit den sogenannten Spitzenfunktionären, d. h. den aus der SPD stammenden Mitgliedern des Zentralsekretariats der SED sowie den Landesvorsitzenden der SED sozialdemokratischer Herkunft. Vielmehr stehen die Funktionäre der »mittleren Ebene« im Zentrum der Darstellung. Sie waren in besonderem Maße von Repressionen und Verfolgung betroffen. Bouvier gelingt es nachzuweisen, daß gerade in diesem Bereich die Suche nach Opposition und Widerstand von Sozialdemokraten in der SBZ/DDR erfolgreich sein kann, was zuweilen bis heute noch immer bezweifelt wird. Die beschriebenen Schicksale der von politischer Diffamierung, Ächtung und Verfolgung Betroffenen wertet Bouvier zu recht als ein Indiz für das breite sozialdemokratische Oppositionspotential, aus dem Widerstandsaktivitäten hervorgingen. Die sächsischen Landesfunktionäre Arno Haufe und Arno Wend, beide 1948 verhaftet, können jedoch als hauptamtliche Mitglieder des

Sekretariats des Landesvorstandes der SED Sachsen schwer in diese »mittlere Ebene« eingeordnet werden.

Nachdem traditionsbewußte Sozialdemokraten bereits unmittelbar nach Gründung der SED aus den regionalen Führungsgremien der Partei gedrängt und gegen anpassungsbereite Funktionäre sozialdemokratischer Herkunft ausgetauscht wurden, setzte der Repressionsmechanismus ab 1948 im Zuge der Stalinisierung der SED unter der Losung »Kampf gegen die Schumacher-Agenten« in vollem Umfang ein. Bouvier skizziert diesen Prozeß eindrucksvoll anhand verschiedener Vorgänge: Parteisäuberungen 1948, Parteiwahlen 1949, Überprüfung der Mitglieder und Kandidaten 1951, Schauprozesse Anfang der 1950er Jahre. Die Inszenierung dieser Schauprozesse, wie im April 1950 in Dessau gegen Willi Brundert, wird von Bouvier als fester Bestandteil des Kampfes gegen den »Sozialdemokratismus« interpretiert, der auf die präventive Ausschaltung jeglicher innerparteilicher Opposition abzielte. Das Verfahren gegen Paul Szillat, als Mitglied des Parteivorstandes der SED einer der ganz wenigen, die sich von der Säuberungspraxis gegen ehemalige Parteifreunde distanzieren, sollte die Kritiker des innerparteilichen Transformationsprozesses im Verwaltungsapparat neutralisieren. Bouvier gelingt es, durch die Schilderung von Einzelschicksalen die generelle Vorgehensweise gegen jegliche Opposition herauszuarbeiten. Durch die Verhaftung einzelner oder mehrerer Personen, die als Symbolfiguren eines sozialdemokratischen Umfeldes galten, sollten Gruppenzusammenhänge und potentielle Kristallisationskerne für weitere Gruppenbildungen zerschlagen werden. Benannt werden auch die Folgen der sich ständig verschärfenden Repression und Verfolgung gegen ehemalige Sozialdemokraten: Der größere Teil der aus der SPD kommenden Mitglieder und Funktionäre zog sich als Konsequenz der innerparteilichen Repression aus der aktiven Parteiarbeit in die Verwaltungen, Gewerkschaften, Konsumgenossenschaften und Sozialversicherungen zurück und versuchte dort, für die Zeit bis zur erhofften Wiederherstellung Gesamtdeutschlands und damit der gesamtdeutschen SPD zu überwintern.

Bouvier definiert in ihrer Arbeit »Sozialdemokratismus« als einen zentralen Begriff, der von der SED-Führung als Kampf- und Disziplinierungsinstrument nach innen sowie gegenüber der SPD im Westen funktionalisiert wurde. Die Fixierung auf die SPD in den Westzonen im »Kampf gegen den Sozialdemokratismus« sieht sie als Bezugsrahmen für die innerparteiliche Gleichschaltung und Repression. Das Feindbild »Sozialdemokratismus« bildete demzufolge ein Instrument zur Disziplinierung und ideologischen Gleichschaltung der Mitgliedschaft, also zur Unterdrückung jeglicher oppositioneller Grundstimmung innerhalb der Partei. Wesentlich für das Verständnis der Geschichte der DDR ist auch ihr Hinweis, daß »Sozialdemokratismus« darüber hinaus bis zum Ende der SED aus herrschender Sicht das gesellschaftliche Modell der Sozialdemokratie blieb, mit dem diese – so die Befürchtung der SED – das sozialistische Lager auf ideologischem Wege aufweichen und »sozialdemokratisieren« wollte.

In dem recht knappen Kapitel über die Tätigkeit des Ostbüros der SPD in der SZB/DDR wird kritisch vermerkt, daß die relativ hohe Zahl von Verhaftungen auch der Unerfahrenheit und dem Leichtsinn von Mitarbeitern des Ostbüros geschuldet gewesen sei. Generell hält sich Bouvier aber in wertenden Urteilen über die Arbeit dieser Einrichtung begründet zurück, weil nach wie vor wichtige Vorgänge innerhalb und im Umfeld des Ostbüros im dunkeln liegen. Die Auswertung regionaler Archivbestände der DDR könnte künftig weit mehr Informationen über die lokale Wirkungsweise des Ostbüros in den Ländern der SBZ/DDR und die Vorgehensweise parteiinterner sowie staatlicher Untersuchungsorgane ans Licht bringen. Schließlich zeigt Bouvier am Beispiel des 17. Juni 1953 überzeugend, daß es zu diesem Zeitpunkt noch immer Sozialdemokraten in der DDR gab, die an ihrem Gegenmodell SPD festhielten und sich der Überformung durch die SED entziehen wollten. Die dann in den 1950er Jahren erneut forcierte Ver-

folgung trug ihrer Meinung nach wesentlich zur Zerstörung des sozialdemokratischen Gruppengeflechts und -zusammenhangs bei, so daß der 1989 in der DDR neugegründeten Sozialdemokratischen Partei ein unmittelbares Wiederanknüpfen an alte Traditionen nicht möglich war.

*Andreas Malycha, Berlin*

Padraic Kenney, *Rebuilding Poland. Workers and Communists, 1945–1950*, Cornell UP, Ithaca etc. 1997, XV + 360 S., geb., 31,50 £.

Kenneys Studie stellt sich die Aufgabe, die Rolle der Industriearbeiterschaft bei der Etablierung des stalinistischen Systems in Polen zu untersuchen. Diese vollzog sich Kenney zufolge in zwei Phasen: einer noch prästalinistischen der »sozioökonomischen Revolution« 1945–1947, in der die Verstaatlichung des Produktionseigentums durchgeführt wurde, und einer der »soziopolitischen Revolution« 1948–1950, in der die Herrschaft der kommunistischen Partei in allen Bereichen von Staat und Gesellschaft vollendet wurde.

Im Kontrast zu der in der volkspolnischen Zeitgeschichtsschreibung verbindlich gewordenen Sichtweise entwirft Kenney das Bild eines im wesentlichen antagonistischen Verhältnisses zwischen Arbeitern und kommunistischer Partei. Dort, wo die Arbeiterschaft ein gewachsenes Sozium mit einer eigenen Kultur, etablierten sozialen Verhaltensregeln und einem entwickelten Klassenbewußtsein bildete, wie im Zentrum der polnischen Textilindustrie Łódź/Lodsch, hatte es die kommunistische Partei – die Polnische Arbeiterpartei (PPR) – schwer, in den Fabriken Fuß zu fassen. Anders in Wrocław/Breslau, der Metropole der dem Deutschen Reich abgenommenen Gebiete. In der dort erst im Aufbau befindlichen polnischen urbanen Bevölkerung setzte sich die Arbeiterschaft aus verschiedenen, nach geographischer und soziokultureller Herkunft heterogenen Siedlergruppen zusammen. Darunter befand sich ein hoher Anteil von Menschen, die erstmals vom Land in die Großstadt zogen. In Breslau fiel es der PPR leichter, das teilweise antagonistische Verhältnis der einzelnen Bevölkerungsgruppen auszunutzen, die Verteilungskämpfe um Wohnungen, Arbeitsplätze und Lebensmittel zur Erzwingung des Parteibeitritts einzusetzen und die Parteilinie auch in den Fabriken zur Geltung zu bringen. Deshalb wählt Kenney diese beiden Städte als Fallbeispiele, um durch ihren Vergleich einen für ganz Polen repräsentativen Einblick in die Situation der Industriearbeiter zu gewinnen. Den Kern seiner sozialhistorischen Untersuchung bilden Sample von je zwei Industriebetrieben in Lodsch und in Breslau.

Besonders in der prästalinistischen Phase konnten die Arbeiter von Lodsch ihre eigenen Interessen noch mit einem gewissen Erfolg gegenüber den ausschließlich an der Steigerung der ökonomischen Effizienz orientierten Instanzen von Staat und Partei vertreten. Kenney weist darauf hin, daß der in der Schlußphase des Kriegs der deutschen Besatzungsmacht entgegengesetzte Arbeiterwiderstand in vielen Fällen darin mündete, daß die Arbeiter die Unternehmensleitung selbst in die Hand nahmen. Die zu diesem Zweck gebildeten Fabrikräte stellten die Keimzelle einer Arbeiterselbstverwaltung dar und nahmen häufig noch bis Ende 1945 Funktionen der Betriebsleitung wie beispielsweise die Ernennung von Fabrikdirektoren wahr, bevor diese auf das Industrieministerium übertragen wurden. Auch in den Gewerkschaften waren in der ersten Zeit syndikalistische Strömungen verbreitet, die von der PPR bekämpft wurden, weil sie ihrer Konzeption der Nationalisierung der Industrie widersprachen. Die Fabrikräte wurden ebenso wie die Gewerkschaften, denen sie Anfang 1947 organisatorisch unterstellt wurden, durch eine entsprechende Personalpolitik von der PPR majorisiert und immer mehr zu reinen »Transmissionsriemen« der Staats- und Parteiführung umgewandelt, in denen die Arbeiter keine effektive Interessenvertretung mehr sehen konnten.